



An den Vorsitzenden  
des Ausschusses Soziales und Senioren  
Herrn Michael Paetzold

An den Vorsitzenden  
des Stadtentwicklungsausschusses  
Herrn Niklas Kienitz

An den Vorsitzenden  
des Integrationsrates  
Herrn Tayfun Keltek

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50  
fax 0221. 221 246 57  
mail fraktion@koelnspd.de  
web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 20.06.2017

**AN/0940/2017**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

| <b>Gremium</b>                  | <b>Datum der Sitzung</b> |
|---------------------------------|--------------------------|
| Ausschuss Soziales und Senioren | 22.06.2017               |
| Stadtentwicklungsausschuss      | 06.07.2017               |
| Integrationsrat                 | 11.09.2017               |

**Problemimmobilien in Köln – was tut die Stadtverwaltung?**

Sehr geehrte Herren,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

das Land Nordrhein-Westfalen hat vor kurzem im Rahmen des „Modellvorhabens Problemimmobilien im Kontext der Zuwanderung aus Südosteuropa“ 33 Millionen Euro für die Städte Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne und Wuppertal zur Verfügung gestellt, die für den Ankauf von so genannten Schrottimmobilien zur Verfügung stehen. Deren Eigentümer kümmern sich nicht um die Instandhaltung ihrer zunehmend verwahrlosten Gebäude und vermieten sie trotz massiver Mängel zu oft überzogenen Preisen – häufig an Zuwanderer aus Südosteuropa. Es drohen menschenunwürdige Wohnsituationen, Verwahrlosungserscheinungen, soziale Konflikte, städtebauliche Missstände, der Verlust architektonischer Qualität und in der Folge oft erhebliche finanzielle Be-

lastungen für die Kommunen, die mit den vorhandenen rechtlichen Instrumenten kaum gegen das Problem ankämpfen können.

Leider hat die Stadt Köln die ihr ebenfalls offen gestandene Möglichkeit zum geförderten Ankauf solcher Immobilien nicht genutzt.

Die SPD-Fraktion bittet vor diesem Hintergrund um die Beantwortung folgender Fragen:

1. a) Wie ist der Stand der Zuwanderung aus Südosteuropa, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien? Wie ist deren Verteilung im Stadtgebiet (wenn möglich bitte Darstellung auf Ebene der Stadtviertel bzw. Straßenzüge)? Trifft es zu, dass es einen Aufenthaltsschwerpunkt im Bereich Keupstraße/Bergisch Gladbacher Straße in Mülheim gibt?
- b) Leben in den einzelnen Schwerpunktgebieten jeweils mehrheitlich Familienverbände oder in Deutschland alleinstehende Zuwanderer aus Südosteuropa?
2. Wie ist der Stand der Integration dieser Zuwanderungsgruppe? Gibt es soziale Konflikte durch und mit diesem Personenkreis? Gibt es Hinweise auf Missstände und Verwahrlosung von Wohnraum? Wenn ja, wo und wie äußert sich dieser? Wie geht die Verwaltung dagegen vor?
3. Warum hat sich die Stadt Köln nicht an dem „Modellvorhaben Problemimmobilien im Kontext der Zuwanderung aus Südosteuropa“ beteiligt?

Seitens der Bewohner der Großwohnsiedlungen in Finkenberg (Theodor-Heuss-Straße, Brüsseler Straße) und Neubrück (Europaring, Ludwig-Quidde-Platz) werden vermehrt und wiederholt Klagen und Beschwerden über Verwahrlosung von und Missstände in Wohnraum angeführt. Insbesondere wird über defekte Türen, Aufzüge, vermüllte und verdreckte Treppenhäuser, defekte Balkons, ein vermülltes und verwahrlostes Wohnumfeld und teilweise auch Ratten berichtet. Insbesondere diejenigen Bewohnerinnen und Bewohner, die auf funktionierende Aufzüge angewiesen sind, sind teilweise sehr verzweifelt und wissen nicht mehr weiter.

4. Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Verwaltung, um einzugreifen? Was unternimmt die Verwaltung gegen die genannten Entwicklungen?
5. Wie ist die Beschwerdelage in anderen Teilen Kölns, insbesondere in weiteren Siedlungen mit Großwohnanlagen, z.B. Meschenich/Am Kölnberg?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke

SPD-Fraktionsgeschäftsführerin